

# LAND & LEUTE

BRANDENBURG, WIRTSCHAFT, KULTUR, MEDIEN, WETTER UND TV



**Freie Fahrt**  
Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will die Autobahnen weiter ausbauen. **Seite 9**

## KOMMENTAR



Von Ulrich Wangemann

## Vergessene Ölheizter

**A**ll jene Bürger, die mit Öl oder Hack-schnitzeln heizen – und das sind grob 15 Prozent der Haushalte in Brandenburg – fühlen sich seit langem schon im Stich gelassen mit ihren Nöten. Und diese Wahrnehmung täuscht nicht. Denn während die Gasheizungsbesitzer und deren Mieter mit Krisenhilfen zugeballert („Doppelwumms“) werden, und die öffentliche Hand sogar den Dezemberanschlag übernahm, wird den Leuten mit den Tanks im Keller deutlich weniger Unterstützung zuteil. Der Bund hat das zwar versprochen, aber brauchte Wochen, um überhaupt das zuständige Ministerium zu benennen. Brandenburg wiederum wartet, bis der Bund sich ausküst. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Öl-Heizer (Pelletöfen sind eher selten) auch deshalb so vernachlässigt werden, weil ihr Brennstoff so wenig in das klimapolitische Idealbild der Bundesregierung passt. Natürlich ist Öl nicht der Heizstoff der Zukunft. Schnelle Hilfe haben aber alle Bürger verdient – zumal unter den Öl-Heizern viele ältere Leute sind, die sich nicht einfach eine moderne Anlage kaufen können. Berlin prescht jetzt vor und bietet Hilfen an. Schon unterstellen Kritiker dem Senat, aus Wahlkampfalkül zu handeln. Dazu kann man nur sagen: Das ist ja das Gute in einer Demokratie, dass Wahlen die Regierenden im Vorfeld zu sinnvollen Kurskorrekturen veranlassen.

## IN KÜRZE

### Programmdirektor hat RBB verlassen

**Berlin.** Der Programmdirektor des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), Jan Schulte-Kellinghaus, hat zum 1. Februar den RBB verlassen. Er sei auf eigenen Wunsch gegangen, erklärte der Sender am Donnerstag in Berlin. Schulte-Kellinghaus war seit 2017 RBB-Programmdirektor und durch die Affäre um die frühere Intendantin Patricia Schlesinger in die Kritik geraten.

### 247 Millionen Euro Corona-Ausgaben für Bildung

**Potsdam.** Seit der ersten Corona-Welle in Brandenburg sind pandemiebedingt rund 247 Millionen Euro für die Bereiche Bildung, Jugend und Sport ausgegeben worden. Das teilte das Bildungsministerium in Potsdam mit. Der größte Anteil der Ausgaben von März 2020 bis Ende Dezember 2022 floss mit 139 Millionen Euro in die Schulen, 66 Millionen Euro an Kitas. Mit dem Geld wurden den Angaben zufolge vor allem Corona-Tests und digitale Geräte finanziert.

### Baustart für Wohnheim der Polizeianwärter

**Potsdam.** Nach langen Verhandlungen wegen gestiegener Baukosten hat die Landesregierung nun grünes Licht für den Bau eines Wohnheims für 400 Polizeianwärter an der Hochschule der Polizei in Oranienburg gegeben. Um den Kostenrahmen von 43 Millionen Euro trotz gestiegener Baukosten einhalten zu können, werde ein geplantes Parkhaus nicht gebaut, teilte das Innenministerium in Potsdam mit.

### ADAC: 2022 weniger Staus als vor Corona in der Region

**Berlin.** Autofahrerinnen und Autofahrer in Berlin und Brandenburg standen nach Angaben des ADAC 2022 seltener im Stau als im Vor-Corona-Jahr 2019. In der Hauptstadt dauerten die Verkehrsstörungen insgesamt etwas mehr als 15.000 Stunden – im Vergleich zu rund 22.300 Stunden drei Jahre zuvor. In Brandenburg waren es etwa 12.500 Stunden (2019: rund 18.500). Im Vergleich zu 2021 veränderten sich die Zahlen kaum.

### Justizsenatorin gegen pauschales Kopftuchverbot

**Berlin.** Aus Sicht von Justizsenatorin Lena Kreck (Linke) muss das Berliner Neutralitätsgesetz, das Lehrerinnen pauschal das Tragen von Kopftüchern verbietet, möglichst bald geändert werden. „Ein pauschales Kopftuchverbot für Pädagoginnen wird es in Berlin in Zukunft nicht mehr geben“, sagte Kreck am Donnerstag. Das Bundesverfassungsgericht hatte eine Beschwerde des Landes Berlin gegen ein entsprechendes Urteil des Bundesarbeitsgerichts nicht angenommen.

# Revolution mit dem Lokus

Spülen und vergessen? Ariane Krause vom Eberswalder Verein „NetSan“ erklärt, warum wir unsere Toiletten neu denken müssen – der Umwelt zuliebe

**Eberswalde.** Die Wirtschaftsingenieurin Ariane Krause vom Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Großbeeren engagiert sich im Eberswalder „Netzwerk für nachhaltige Sanitärsysteme“. Ihr Ziel: eine deutsche Sanitärwende.

**Frau Krause, Ihr Verein „NetSan“ fordert eine Sanitärwende. Ist es denn so schlecht um unsere sanitären Anlagen und unsere Abwasserwirtschaft bestellt?**

**Ariane Krause:** Die Sanitärversorgung, die wir bisher haben, erscheint den Nutzenden zunächst recht komfortabel. Sie beruht aber auf dem Prinzip: Spülen und Vergessen. Wir wissen in der Regel nicht, was dann passiert – nach dem WC. Tatsächlich ist dieses ganze System aber eine Einbahnstraße.

**Wieso Einbahnstraße? Es gibt doch ein Abwassersystem, das Wasser wieder nutzbar macht.**

Es ist sehr verschwenderisch. Unsere Ausscheidungen werden zunächst mit Wasser verdünnt und mit anderen Abwässern vermischt. In der Kläranlage ist es technisch sehr schwierig, Wertstoffe und Schadstoffe zu trennen. Tatsächlich wird am Ende der Klärschlamm verbrannt. Das Wasser aus der Kläranlage selbst wird dann wieder in Gewässer eingeleitet und meist nicht wieder genutzt. Außerdem ist es oft belastet mit Arzneimittelrückständen und anderen Schadstoffen. Von einem echten Kreislaufsystem kann hier nicht die Rede sein. Der hohe Wasserverbrauch in diesem ganzen System wird künftig nicht mehr möglich sein.

**Wie würden in einem anderen System die Toiletten aussehen?**

Eine Sorte zum Beispiel würde weniger Wasser zum Spülen verbrauchen und es würde der menschliche Urin getrennt gesammelt. Eine neue Entwicklung aus Brandenburg ist die sogenannte Tütoilette. Die Ausscheidungen gehen nicht ins Wasser, sondern in eine Tüte, die durch ein Rohrsystem, zum Teil mit etwas Unterdruck, abgeleitet wird. Ein weiteres System, das in Öko- und Gartensiedlungen existiert, ist die komplett trockene Komposttoilette. Fäkalien und Urin werden hier in Behältern gesammelt und dann abtransportiert.

**Das ist aber etwas umständlicher. Machen die Nutzer das mit?**

Es ist schon so, dass bei dezentralen Systemen der Handlungsaufwand größer ist. Aber bei der Komposttoilette ist es auch eine Frage der Gestaltung. Man kann die Verwertung selber betreiben, wie es viele Gärtnerinnen gerne machen würden, aber sie kann auch in Form von einer kommunalen Dienstleistung ausgegliedert werden, so wie unser Bio-



Der Eberswalder Verein „NetSan“ fordert eine Sanitärwende am stillen Örtchen.

FOTO: IMAGO



Die Sanitärversorgung, die wir bisher haben, beruht auf dem Prinzip: Spülen und Vergessen.

**Ariane Krause,** Wirtschaftsingenieurin am Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau in Großbeeren

und Papiermüll ja auch abgeholt wird. Das System kann schon komplett so gestaltet werden, dass es immer noch bequem ist. Wir brauchen aber das neue Bewusstsein, dass wir letztlich auch Wertschöpfung mit Toiletten erreichen wollen. Die Toilette ist nicht mehr der Ort, wo einfach entsorgt wird, sondern Teil einer Kreislaufwirtschaft.

**Wie soll die funktionieren?**

Es geht dabei auch um eine Nährstoffwende. Mit dieser befasst sich unser vom Bundesforschungsministerium gefördertes Projekt „zirkulierBAR“ in Eberswalde. Das Ziel der Nährstoffwende ist es, Nährstoffe, die der Umwelt beim Anbau und Verzehr von Lebensmitteln entnommen wurden, wieder durch nachhaltige Sanitärsysteme der Landwirtschaft zurückzuführen.

**Aber dafür gibt es Gülle – und zwar oft mehr als genug.**

Gülle gilt als Dünger der Kreislaufwirtschaft. Aber wenn wir eine Agrarwende wollen, muss die Zahl der Tiere runter. Der Ressourcenverbrauch für hohen Fleischkonsum ist nämlich nicht nachhaltig. Wenn wir die Agrarwende erst umsetzen, werden wir weniger Tiere und so auch weniger Gülle haben. Damit wird es eine Versorgungslücke beim Dünger geben. Die können wir durch menschliche Ausscheidungen füllen, die wir zuvor auch noch gezielt behandeln können.

**Ein Problem der Gülle ist die Nitratbelastung. Gäbe es das bei menschlichen Ausscheidungen nicht?**

Es gibt bei Gülle sogar noch ein zweites Problem. Gerade in der Massentierhaltung sind in der Gülle viele Arzneimittelrückstände. Die gelangen auf unsere Äcker und auch ins Grundwasser und in Fließgewässer, wo sich im Zusammenspiel multiresistente Keime bilden. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir auch den Eintrag von Gülle vermindern. Die Nitratbelastung ergibt sich ja daraus, dass oft mehr Gülle ausgebracht wird als Pflanzen beim Wachstum aufnehmen können. Für jeden Dünger muss eigentlich eine Bilanzierung gemacht werden, wie viel Nährstoffe die Pflanzen dem Boden entnehmen und wie viel ich folglich nachdüngen muss. Gerade in Regionen, wo es sehr intensive Tierhaltung gibt wie zum Beispiel in Niedersachsen, wird auch mal zu viel Gülle ausgebracht. Sie muss ja irgendwo hin. Daher kommt es zu der hohen Nitratbelastung.

**Warum ist in Ihrem System die Trennung von Urin und Kot so wichtig?**

Beim Punkt Schadstoffe unterscheiden sich „Fraktion gelb“ und „Fraktion braun“. „Fraktion braun“ enthält Krankheitserreger, die wir entfernen müssen. Dabei geht es vor allem um die Hitzebehandlung, um Keime abzutöten. Die „Fraktion gelb“ enthält vor allem die Arzneimittelrückstände. Hier funktioniert

zum Beispiel Aktivkohlefiltration fast zu hundert Prozent. Das geht aber nur, wenn wir einen flüssigen Stoff wie Urin haben. Bei einem Schlammgemisch wäre diese Filtration viel schwieriger, Deswegen ist die Trennung sinnvoll.

**Würde Brandenburg von der Sanitärwende ökonomisch profitieren?**

Brandenburg wird sehr davon profitieren. Es gibt zum einen die Sanitärfirmen selbst, dann müssen Logistikkonzepte entwickelt und neue Toiletten eingebaut werden. Es gibt einen großen Bedarf an Planung und Beratung. Das ist alles für kleine und mittelständische Unternehmen interessant. Die neuen Technologien, die Wasser sparen und Kreisläufe schließen können, sind besonders für strukturschwache und ländliche Regionen wichtig, die auch stark von Wasserknappheit betroffen sind. Das alles trifft auf Brandenburg zu.

Interview: Rüdiger Braun

## Engagement für die „Sanitärwende“

Der Eberswalder Verein „NetSan“ setzt sich bundesweit für eine „Sanitärwende“ ein. Dahinter steckt die Idee, dass menschliche Fäkalien nicht über die Toilettenspülung entsorgt, sondern verwertet werden. Mit Recyclingdüngern aus Trockentoiletten könnte etwa Humus im Boden aufgebaut werden.

# Betrug auf märkischen Baustellen nimmt zu

Gewerkschaft IG Bau beklagt Lohndumping und Schwarzarbeit und fordert Sündenregister für auffällige Firmen

Von Lena Köpsell

**Potsdam.** Auf Brandenburgs Baustellen wird immer mehr getrickelt und betrogen. Das beklagt die Industriegewerkschaft Bauen-Aggar-Umwelt (IG Bau). So habe das Hauptzollamt Potsdam, das für Westbrandenburg zuständig ist, allein im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres in der Region insgesamt 149 Ermittlungsverfahren im Baugewerbe eingeleitet. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es nur 92 Verfahren – also rund 60 Prozent weniger.

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) deckte bei ihren Kontrollen vor allem illegale Beschäftigung, Sozialbetrug und

Mindestlohnverstöße auf. Der Potsdamer Zoll geht von einem Schaden von insgesamt 1,4 Millionen Euro aus, der durch nicht gezahlte Steuern und Sozialabgaben auf dem Bau entstanden ist, teilt die IG Bau Mark Brandenburg mit. Die Baugewerkschaft beruft sich dabei auf Zahlen, die das Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD) veröffentlicht hat.

„Die hohe Zahl der Ermittlungsverfahren zeigt, dass kriminelle Methoden auf dem Bau auch in unserer Region zum Alltag gehören. Die tatsächlich aufgedeckten Verstöße sind nur die Spitze des Eisbergs“, sagte der Bezirksvorsitzende der IG Bau



Die IG Bau fordert mehr Kontrollen am Bau.

FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Mark Brandenburg, Rudi Wiggert. Neben den vielen „sauber arbeitenden Unternehmen“ gäbe es unseriöse Betriebe, für die Lohndumping und illegale Beschäftigung bei Bauaufträgen einfach zum Geschäftsmodell gehörten.

Angesichts der hohen Inflation, steigenden Bauzinsen und hohen Material- und Energiekosten warnt Wiggert vor einem weiteren Anstieg der Betrügereien. „Unseriöse Chefs werden jetzt erst recht versuchen, ihre Kosten durch Lohndumping zu senken. Und sie werden sich noch mehr Trickereien einfallen lassen, um Steuern und Sozialabgaben zu hinterziehen“, prophezeite der Gewerkschafter. Dadurch gerie-

ten Unternehmer, die sich an den Bau-Tarifvertrag hielten, weiter unter Druck.

Vor diesem Hintergrund fordert die IG Bau Brandenburg mehr Kontrollen und eine stärkere Präsenz des Zolls auf den Baustellen. „Auch in Potsdam wollen wir ‚saubere Baustellen‘. Der Staat muss sicherstellen, dass kriminelle Praktiken auf Baustellen keine Chance mehr haben“, so Wiggert.

Zudem sollen auffällig gewordene Betriebe von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen werden und in einem öffentlich einsehbares „Sündenregister für Schwarzarbeit“ gelistet werden, forderte der Bezirksvorsitzende.